

Der 3. Oktober –
Auftrag, die soziale, rechtsstaatliche Demokratie
im wiedervereinigten Deutschland
zu retten

Der 3. Oktober sollte ein Tag werden, an dem alle Deutschen in Ost und West, ohne schlechtes Gewissen, ohne ideologische Unvereinbarkeiten, festlich und mit Freude das historische Geschenk an unsere deutsche Nation feiern können - wiedervereinigt in Freiheit und in Frieden miteinander zu leben.

Das schien zu gelingen:

Die Bilder vom Fall der Mauer am 9. November 1989, die „Ode an die Freiheit“ von Leonard Bernstein am 25. Dezember 1989, die Freude im Osten über das Ende der Stasi, die neue Reisefreiheit und die D-Mark waren noch präsent. Die Angst vor Arbeitslosigkeit und viel höheren Mieten in den neuen Ländern hatten das Denken noch nicht bestimmt.

Dies ist leider Vergangenheit:

Heute, am 3. Oktober 2026, freuen sich die Deutschen in Ost und West über ein längeres Wochenende im goldenen Herbst. Die Festreden in Bremen sind weit weg und der 3. Oktober 1990 ist lange her... Und unser Land steckt in einer tiefen, existentiellen Krise:

- Das permanente Wachstum der Wirtschaft, v. a. der Industrie, das hohen allgemeinen Wohlstand und bezahlbare soziale Sicherheit gewährleistet hat, bleibt aus.
- Wohnungsmangel, zu hohe Mieten, steigende Preise für Lebensmittel und Energie und eine in vielen Bereichen marode Infrastruktur, v.a. in den „Alten Ländern“ machen es immer mehr Bürgern schwer, sich heute über unser wiedervereinigtes Land zu freuen.
- Unser Land ist zum permanenten Ziel von Cyberangriffen, Terroranschlägen und Versuchen geworden, unser Land politisch zu spalten und unsere freiheitliche rechtsstaatliche Demokratie zu schwächen. Der Aggressor ist bekannt.
- Und unser Land ist in höchster Gefahr, auf dem Weg zur Lösung dieser existenziellen Probleme unsere verfassungsmäßige Ordnung selbst zu zerstören:

Die Extreme von rechts und links in Ost und West, so nahe beieinander, wie noch nie, sehen die Chance, in dieser heiklen Situation ihre ideologischen Ziele zu verwirklichen.

Die Interessenverbände in unserem Land und große Teile der Medien verhindern durch permanente, oft voreilige und nicht berechtigte Kritik an den überfälligen Reformprojekten der Bundesregierung, jeden Ansatz für einen politischen Minimalkonsens in unserer Gesellschaft.

Damit wird das Gefühl bei der Mehrheit der Bürger, dass unsere parlamentarische Demokratie nicht mehr fähig ist, die anstehenden Probleme zu lösen, rasant und mit politischen Mitteln kaum bremsbar, in einen politpsychologisch höchst gefährlichen Status gelenkt: Die Unregierbarkeit unseres Staates.

Diese Unregierbarkeit kann weder dadurch vermieden werden, weiterhin schlicht zu ignorieren, dass zurzeit fast jeder dritte Wahlberechtigte eine Partei in den Bundestag wählen würde, die behauptet, mit ihren extremistischen Ideen eine Alternative für Deutschland zu sein, noch damit, diese „Partei einmal machen lassen“ – weder in einem Land, noch auf Bundesebene. Weimar mahnt...!

Wir brauchen in dieser für unser Land existentiell schwierigen Zeit nicht nur einen neuen **Generationenvertrag** zur Sicherung unserer sozialen Ordnung. Wir brauchen einen neuen **Gesellschaftsvertrag** – zwischen allen Teilen unserer Gesellschaft und dem Staat.

Und dieser Gesellschaftsvertrag darf ausschließlich einem Ziel folgen: Der Bewahrung und Sicherung der sozialen, demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung unseres Grundgesetzes und deren Schutz vor Feinden von außen und von innen.

Dies setzt die Bereitschaft aller Bürger, aller Interessengruppen, der Medien und der demokratischen Parteien in unserem Land voraus, eigene Interessen zurückzustellen und die Bundesregierung bis zum Ende dieser Legislaturperiode in ihren Reformbemühungen konstruktiv zu unterstützen.

Alle Fakten, alle Prognosen sprechen dafür, die überfälligen Reformen unverzüglich anzugehen und bis zum Ende dieser Legislaturperiode umzusetzen.

Dies ist die Voraussetzung dafür, dass wir den 3. Oktober 2029 wieder mit Freude und Zuversicht begehen können.

Und dann können wir uns alle gemeinsam noch entschlossener und mutiger gegen die Feinde unseres Landes von außen wehren.

